



Stadtratssitzung
Donnerstag, 13. Januar 2005, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 29 vom 28. Oktober 2004, Protokoll Nr. 30 vom 4. November 2004, Protokoll Nr. 31 vom 11. November 2004, Protokoll Nr. 32 vom 18. November 2004, Protokoll Nr. 33 vom 25. November 2004)	
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2005	---
3. Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Wahlmodus (Büro des Stadtrats)	---
4. Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
5. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
6. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
7. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
8. Agglomerationskommission (AKO): Neuwahl von 9 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
9. Wahl einer externen Revisionsstelle (wird mit SR-Versand vom 6.1.2005 nachgereicht)	00.000643
10. Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Bericht über ihre Tätigkeiten betreffend städtische Drogenpolitik über die vergangenen vier Jahre (BAK: Weber)	04.000530
11. Dringliche Interpellation Catherine Weber (GB): Teure Sperrgitterfahrzeuge anstatt De-Eskalationsstrategie? (SUE)	04.000439
12. Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Michael Straub, EVP): Ist Energie Wasser Bern ewb noch wirtschaftlich fit? (SUE)	04.000424
13. Dringliche Motion Dieter Beyeler/Lydia Riesen (SD): Die Umsetzung der Volksinitiative „200 000 Franken sind genug“ ist unverzüglich auf Beginn der Legislatur 2005 umzusetzen! (FPI)	04.000484
14. Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Was kostet die Rochade im Berner Gemeinderat die Steuerzahler gesamthaft? (FPI)	04.000310
15. Dringliche Interpellation Thomas Balmer (FDP): Regelwidrige Vergabepaxis – Bordcomputer für neue und bestehende Kehrlichfahrzeuge (TVS)	04.000516

16. Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Saatkrähenplage in Teilen des Nordquartiers (TVS)	04.000311
17. Kleine Anfrage Christoph Müller (FDP)/Oskar Balsiger (SP): Egelsee in Agonie - bringen die gemeinderätlichen Massnahmen wirklich die notwendige Besserung? (TVS)	04.000422
18. Kleine Anfrage Urs Jaberg/Christoph Müller (FDP): Schwellenmätteli: Wo bleibt die Erschliessung mit dem versprochenen Shuttle-Bus? (TVS)	04.000510

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr	3
Mitteilungen der Präsidentin	4
1 Protokollgenehmigung	4
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2005	4
3 Budget und Aufsichtskommission (BAK): Wahlmodus	8
4 Budget und Aufsichtskommission (BAK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums	8
5 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums	9
6 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums	9
7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums	9
8 Agglomerationskommission (AKO) Neuwahl von 9 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums	10
9 Wahl einer externen Revisionsstelle (BAK)	10
10 Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Bericht über ihre Tätigkeiten betreffend der städtischen Drogenpolitik über die vergangenen vier Jahre	11
12 Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Michael Straub, EVP): Ist Energie Wasser Bern ewb noch wirtschaftlich fit?	14
17 Kleine Anfrage Christoph Müller (FDP)/Oskar Balsiger (SP): Egelsee in Agonie - bringen die gemeinderätlichen Massnahmen wirklich die notwendige Verbesserung?	17
Eingänge	20

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.30 Uhr

Vorsitzende

Präsidentin 2004: Margrit Stucki-Mäder
Präsident 2005: Philippe Müller

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Karin Gasser	Christoph Müller
Michael Aebersold	Simon Glauser	Reto Nause
Raymond Anliker	Thomas Göttin	Nadia Omar
Carolina Aragon	Beat Gubser	Lydia Riesen-Welz
Gabriela Bader-Rohner	Ueli Haudenschild	Simon Röthlisberger
Rania Bahnan Buechi	Beni Hirt	Heinz Rub
Thomas Balmer	Stephan Hügli-Schaad	Erich Ryter
Vinzenz Bartlome	Natalie Imboden	Hasim Sancar
Giovanna Battagliero	Mario Imhof	Beat Schori
Peter Bernasconi	Ueli Jaisli	Rolf Schuler
Dieter Beyeler	Daniele Jenni	Miriam Schwarz
Margrith Beyeler-Graf	Michael Jordi	Ernst Stauffer
Markus Blatter	Stefan Jordi	Ueli Stückelberger
Peter Bühler	Sarah Kämpf	Béatrice Stucki
Sibylle Burger-Bono	Daniel Kast	Martin Trachsel
Anna Coninx	Rudolf Keller	Gisela Vollmer
Conradin Conzetti	Andreas Krummen	Christian Wasserfallen
Dolores Dana	Peter Künzler	Catherine Weber
Myriam Duc	Claudia Kuster	Anne Wegmüller
Karin Feuz-Ramseyer	Annette Lehmann	Thomas Weil
Andreas Flückiger	Daniel Lerch	Sandra Wyss
Urs Frieden	Anna Magdalena Linder	Maya Widmer
Rudolf Friedli	Liselotte Lüscher	Beat Zobrist
Verena Furrer-Lehmann	Corinne Mathieu	Andreas Zysset
Jacqueline Gafner Wasem	Erik Mozsa	

Entschuldigt

Christof Berger	Barbara Streit-Stettler	Margrit Thomet
Martina Dvoracek		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Edith Olibet SUE	Kurt Wasserfallen FPI
Barbara Hayoz BSS	Regula Rytz TVS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat
Annina Jegher

Stadtkanzlei
Irène Maeder Marsili

Mitteilungen der Präsidentin

Stadtratspräsidentin *Margrit Stucki-Mäder*: Ich begrüße die neuen Stadtratsmitglieder ganz herzlich und wünsche ihnen bei der Ausübung ihres politischen Amtes Befriedigung und eine erfolgreiche Ratstätigkeit. Auch den wiedergewählten Ratsmitgliedern und dem neu besetzten Gemeinderat wünsche ich alles Gute sowie eine erfolgreiche Tätigkeit in ihrem Amt. Die Stadt Bern hat seit dem 1. Januar 2005 einen neuen Internetauftritt. Dieser weist jedoch noch einige Mängel auf, die behoben werden müssen. Im Moment hat man weder auf die neuen noch auf die alten Protokolle Zugriff. Falls jemand von Ihnen sofort Zugriff zu den Protokollen braucht, so kann er sich per E-Mail beim Ratssekretariat melden. Dieses wird Ihnen einen Link zustellen.

Das Grüne Bündnis ruft die Ratsmitglieder dazu auf, heute Abend auf das Sitzungsgeld zu verzichten. Das gesammelte Geld wird den Opfern der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 gespendet. Alle, die damit einverstanden sind, sollen sich bitte auf der anschliessend zirkulierenden Liste eintragen. Philippe Müller, der angehende Ratspräsident, und ich unterstützen diesen Aufruf. Am Ende der Sitzung wird bekannt gegeben, wie viel Geld gesammelt worden ist. Besten Dank.

Die Verantwortlichen des Stade de Suisse Wankdorf Bern gratulieren allen Ratsmitgliedern herzlich zu ihrer Wahl. Sie machen darauf aufmerksam, dass vom 30. Juli bis am 1. August 2005 spezielle Feierlichkeiten stattfinden. Alle Ratsmitglieder sind herzlich dazu eingeladen.

1 Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr. 29 vom 28. Oktober 2004 wird mit folgender Änderung genehmigt: Im Votum von Raymond Anliker (SP) zu den Traktanden Nr. 4 und 6 muss der Satz auf Seite 1428, letzter Absatz wie folgt korrigiert werden: Wir werden uns nie einig sein, ob dieses Instrument eine „Ultima ratio“ oder, so wie ich es empfinde „**primae Iratio**“ ist.

Das Protokoll Nr. 30 vom 4. November 2004 wird mit folgender Änderung genehmigt: Der erste Satz im Votum von Daniel Lerch (CVP) zu Traktandum Nr. 8 auf Seite 1481 muss wie folgt geändert werden: **Ihr habt alle den schönen Kalender Bernmobil erhalten. Möglicherweise haben ihn einige aufgehängt.**

Das Protokoll Nr. 31 vom 11. November 2004 wird mit folgenden Änderungen genehmigt: Im Votum von Erich Ryter (SVP) auf Seite 1517 zu Traktandum Nr. 3 fehlen folgende Punkte: **1. Die Frage der Nutzlast des Hakenfahrzeuges. 2. Die Frage nach der Anzahl der Achsen des Hakenfahrzeuges.** Im Votum von Daniel Lerch (CVP) auf Seite 1517 zu Traktandum Nr. 3 muss stehen: Die **Glasentsorgung** wird seit langer Zeit von einem privaten Unternehmen erledigt, (...).

Die Protokolle Nr. 32 vom 18. November und Nr. 33 vom 25. November 2004 werden genehmigt. Der Rat bedankt sich bei den Verfasserinnen und dem Verfasser.

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2005

Wahl des Präsidiums

Als Ratspräsident für das Jahr 2005 wird der von der Fraktion FDP vorgeschlagene bisherige 1. Vizepräsident Philippe Müller einstimmig gewählt.

Der neu gewählte Ratspräsident *Philippe Müller*: Ich begrüße die neugewählten Stadtratsmit-

gliedern und gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl. Alle von Ihnen können viel von den „alten“ Rats- und Fraktionsmitgliedern lernen. Nichtsdestotrotz bitte ich Sie, von Anfang an aktiv an den Debatten teilzunehmen und zu intervenieren, falls die Diskussionen zu ideologisch geführt werden. Denn wir vertreten nicht nur eine Partei oder eine Interessensgruppe im Rat, sondern die gesamte Bevölkerung. Die beiden grossen politischen Blöcke der Stadt Bern tendieren hin und wieder dazu, ihre Debatten allzu ideologisch zu führen. Werden Themen wie Veloverkehr oder Kinderbetreuung traktandiert, so reagieren die Mitglieder der grossen bürgerlichen Partei mit Unmut und das nur, weil es sich um ein Anliegen der Gegenseite handelt. Viele von ihnen fahren jedoch auch Velo und/oder bringen ihre Kinder zur Betreuung in eine Krippe. Im Gegenzug dazu schimpft die linke Ratshälfte, weil beispielsweise der Vorschlag kam, das kulturelle Angebot des Paul Klee Zentrums mit Hilfe von Freiwilligen zu erweitern. Niemand stellt die 40 vorgesehenen Arbeitsplätze in Frage. Die Bevölkerung erwartet Lösungen von uns und keine zusätzlichen Probleme. Das Parlament ist keine Selbstverwirklichungsbühne für Politikerinnen und Politiker, die krampfhaft nach Neuem, ja sogar nach Visionen suchen. Gefragt sind innovative, kreative und effiziente Vorschläge, um die anstehenden Probleme zu lösen. Lösungen zu erarbeiten, ist oft mit dem Eingehen von Kompromissen verbunden. Ich bin ein Verfechter des politischen Kompromisses. Natürlich soll man hart fighten, doch die angestrebte Lösung soll den Willen der Volksmehrheit widerspiegeln. Die wachsende Polarisierung der politischen Szene führt dazu, dass sich Politikerinnen und Politiker zunehmend mit sich selber beschäftigen. Trotz allem freue ich mich darauf, gemeinsam mit Ihnen nach Lösungen zu suchen. Ungeachtet von den politisch unterschiedlichen Meinungen, dürfen wir nicht vergessen, dass uns eine grosse Gemeinsamkeit verbindet: Wir alle sind Demokratinnen bzw. Demokraten. Wir haben die Möglichkeit, mit demokratischen Mitteln Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. Vergessen Sie das bitte nicht, selbst dann, wenn hart debattiert wird. Wir bekämpfen Meinungen und nicht die Menschen, die diese Meinung vertreten. Nach der Sitzung sollte der Umgangston wieder normal sein.

An dieser Stelle möchte ich selbstverständlich auch unseren neu besetzten Gemeinderat, insbesondere den neuen Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät, herzlich begrüssen. Ich gratuliere den Mitgliedern zu ihrer Wahl bzw. zur Wiederwahl. Der Gemeinderat hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Deshalb sollte der Lohn der Exekutive nicht gekürzt werden. Solche Massnahmen greifen in den freien Wettbewerb ein und verzerren das Bild. Sind die Bürgerinnen und Bürger mit der betriebenen Politik nicht einverstanden, dann haben sie die Möglichkeit, bei den nächsten Wahlen jemanden anderes in das entsprechende Amt zu wählen. Pauschale Gehaltskürzungen weisen darauf hin, dass einem die Tätigkeit als solches nicht passt, es geht nicht um die Personen, die das Amt innehaben. Aus den gleichen Gründen lehne ich Lohnkürzungen in der Verwaltung ab. Ausserdem weise ich darauf hin, dass sowohl die Verwaltung als auch die Politikerinnen und Politiker ihre Aufgabe nur sorgfältig ausüben können, wenn ihnen genügend Zeit zur Verfügung steht. Der Staat wird nicht gestärkt, indem man ihm dauernd neue Aufgaben überträgt. Es wäre besser, wenn der Staat weniger intervenieren müsste, so dass er mehr Zeit hätte, um den Kernaufträgen nachzukommen. Eine unabdingbare Voraussetzung, damit der Staat seine Aufgabe erfüllen kann, ist eine funktionierende Wirtschaft. Es gibt keine Alternative, deshalb plädiere ich für eine gute Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft. Prestigefragen wie Diskussionen um das Primat der Politik bringen uns nicht weiter.

Im laufenden Jahr wird keine Sondersession zu einem speziellen politischen Thema stattfinden. Das ist bewusst so geplant, denn der Rat hat zahlreiche Altlasten, die abgebaut werden müssen, zusätzlich werden wir mit der Einführung der neuen Stadtverwaltung NSB, dem Jahresbericht und den absehbaren Schwerpunktgeschäften genug gefordert sein. Die neue Legislatur beinhaltet einige Herausforderungen. Gerne nehme ich gemeinsam mit Ihnen diese Herausforderungen an und bedanke mich bereits im Vorfeld für Ihr Engagement.

Ich bin stolz darauf höchster Berner zu sein, Präsident des Stadtparlaments der Hauptstadt unseres Landes. Ich danke allen Stadträtinnen und Stadträten für meine Wahl zu ihrem Vorsitzenden. Ich bin mir meiner Verantwortung und den Kompetenzen bewusst. Einerseits wird von der Präsidentin bzw. vom Präsidenten bei der Behandlung von Sachgeschäften Zurückhaltung erwartet. Ich werde mich selbstverständlich an dieses ungeschriebene Gesetz halten. Andererseits habe ich die Aufgabe, für einen reibungslosen Ratsbetrieb - inkl. Büro - zu sorgen.

Der Stadtrat hat viele Pendenzen. Zahlreiche Geschäfte sind bereits mehrmals traktandiert und verschoben worden. Deshalb führe ich folgende neue Regelungen ein: 1. Wird ein Traktandum verschoben, so wird es eine Woche später als Traktandum Nr. 1 im Rat debattiert werden. Ist die zuständige Direktorin oder der zuständige Direktor verhindert, dann wird das Geschäft um eine weitere Woche verschoben. Ausserdem haben alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter. Ich erwarte jedoch von allen Mitgliedern des Gemeinderats, dass sie sich Zeit für die Stadtratssitzungen reservieren und dass jeweils der gesamte Gemeinderat präsent ist. Die Anwesenheit der zuständigen Gemeinderätin bzw. des zuständigen Gemeinderats wird nicht mehr das wichtigste Kriterium sein, das entscheidet, ob ein Geschäft behandelt wird oder nicht. 2. Um die bestehenden Pendenzen möglichst schnell abzubauen, werden wir eine Sitzung planen, an der ausschliesslich verschobene Geschäfte behandelt werden. Ziel ist es, eingereichte Vorstösse termingerecht zu behandeln. 3. „Kaffekränzchen“, Gruppierungen, die sich zwischen den Rängen bilden und zusammen diskutieren, ohne den Rednerinnen und Rednern Beachtung zu schenken, werde ich früher als anhin üblich auflösen. 4. „Ständerat“: Hält ein Ratsmitglied sein Votum um 22.25 Uhr, so stehen viele Ratsmitglieder bereits abmarschbereit im Saal. Das ist für die sprechende Person sehr unangenehm. Deshalb werde ich in Zukunft die Sitzungen abrechnen. Das Geschäft wird dann, wie vorab erwähnt, zu Beginn der nächsten Sitzung debattiert.

Begrüssungsworte des neu gewählten Stadtpräsidenten

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich gratuliere Philippe Müller ganz herzlich zu seiner Wahl. Hört man seine klaren Worte und Anweisungen, dann muss man keine Angst um die Zukunft der Schweizer Armee haben. Der Tarif ist bekannt, wir alle wissen jetzt, wie wir uns zu verhalten haben. Ich wünsche ihm Geschick und Glück bei der Führung des Rats. Die Arbeit ist nicht einfach. Sie verlangt Intellekt, Gespür und Glück sowie einen kooperativen Rat. Wir alle stehen am Anfang einer neuen Legislatur. Einige unter Ihnen stehen am Anfang einer Politkarriere und ich übernehme neu das Amt des Stadtpräsidenten. Mit einigen von Ihnen teile ich bereits eine gemeinsame politische Vergangenheit. Ich schlage jedoch vor, den Zähler wieder auf Null zu stellen und neu zu starten.

Nicht alle Ziele der eben angefangenen Legislatur sind neu, es gibt auch alte oder solche, die angepasst worden sind. Das Tischtuch zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat bzw. mir ist noch sauber, doch schon heute wird es die ersten Flecken erhalten. Wichtig ist, dass das Tischtuch nie zerschnitten wird, egal wie gross die politischen Differenzen sind.

Drei Wünsche: 1. Politische Diskussionen dürfen hart geführt werden. Die gemachten Äusserungen sollten jedoch nie direkt auf Personen zielen. Man muss allen Rats- bzw. Gemeinderatsmitgliedern zugestehen, dass sie nur das Beste für unsere Stadt wollen. Selbst dann, wenn wir uns nicht einig sind, was das Beste ist. Dass es zwischen dem Parlament und seiner Regierung ein natürliches Spannungsverhältnis gibt ist normal, genauso wie es zwischen den politischen Parteien eines gibt. Es handelt sich dabei um ein notwendiges Element eines demokratischen Systems. Gegensätzliche politische Standpunkte sollen mit Nachdruck und Leidenschaft vertreten werden und ab und zu ist auch eine Portion Humor erlaubt. Doch trotz aller Gegensätzlichkeit darf der gegenseitige Respekt nicht fehlen. Die vorgebrachten Argu-

mente sollen intelligent sein und Lösungen müssen gemeinsam erarbeitet werden. 2. Ich wünsche mir, dass der Rat in Zukunft besser zuhört, wenn andere ihre Meinung kundtun. Wollen wir die Polarisierung abbauen, dann müssen sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit offener für Ideen und Vorschläge der Gegenseite werden. In den vergangenen 4 Jahren habe ich mehrmals die Erfahrung gemacht, dass das Abstimmungsergebnis bereits von Beginn weg fest stand und man als Gemeinderat sagen konnte, was man wollte. Ich hoffe, dass die Durchlässigkeit bezüglich den politischen Meinungen wieder zunimmt und vermehrt Konsenslösungen gefunden werden können. Vielleicht tragen die durch die Wahl der neuen Mitglieder entstandenen Veränderungen im Rat dazu bei, dieses Ziel zu erreichen. 3. Wer die Stadtberner Politik verfolgt, der muss davon überzeugt sein, dass Bern eine sehr triste Stadt ist, in der nichts funktioniert. Das stimmt jedoch nicht, denn die Stadt hat bezüglich Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik viel erreicht. Vieles ist zukunftsweisender gelöst worden als in anderen vergleichbaren Städten. Wieso wird das so selten erwähnt? Wieso stellen wir die politischen Behörden Berns als traurigen „Problemhaufen“ dar? Es ist offenbar eine spezifische Eigenschaft von uns, unsere Stadt schlecht zu reden. Auswärtige nehmen uns anders wahr, die Urteile fallen positiver aus. Im kommenden Jahr werden wir zahlreiche Gelegenheiten haben, stolz auf unsere Stadt zu sein. Ich denke an die Eröffnung des neuen Wankdorfstadions und des Paul Klee Zentrums, aber auch an das Einstein Jahr. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt werden ihr Interesse auf Bern richten. Und vielleicht kann das Projekt Westside in Brünnen endlich in Angriff genommen werden. Auch das wäre ein weiteres Zeichen gegen aussen, dass etwas passiert in Bern. Bei vielen Grossprojekten kann der jetzige Stadtrat nicht mehr viel zum Gelingen beitragen, da die Vorhaben in der Planung bereits weit fortgeschritten sind. Es liegen jedoch neue Projekte vor: Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, die Abstimmung über den Kubus (Erweiterungsbau des historischen Museums), Planungsentscheide über die Entwicklung der vorderen Allmend und die Vorbereitungsarbeiten zur Fussballeuropameisterschaft 2008. Auch diese Projekte sind für Berns Zukunft wichtig. Ich hoffe, dass wir gemeinsam die Weichen stellen können und zwar so, dass Bern bleibt was es ist, nämlich die schönste Stadt der Welt.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Als 1. Vizepräsident wird der von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagene Peter Künzler (GFL) einstimmig gewählt.

Philippe Müller gratuliert Peter Künzler zu seiner Wahl und bittet ihn, zu seiner Rechten Platz zu nehmen.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Als 2. Vizepräsident wird der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Erich Ryter (SVP) einstimmig gewählt.

Der *Ratspräsident* gratuliert Erich Ryter zu seiner Wahl.

Wahl der Stimmzählenden

Als Stimmzählerin wird Liselotte Lüscher (SP) bisher und als Stimmzähler Stephan Hügli-Schaad (FDP) neu gewählt.

Der *Ratspräsident* gratuliert auch den Stimmzählenden zu ihrer Wahl.

3 Budget und Aufsichtskommission (BAK): Wahlmodus

Ratspräsident *Philippe Müller*: Folgende zwei Varianten stehen zur Wahl. 1. Variante Neuwahlen: Alle Mitglieder werden neu gewählt. 2. Variante Ersatzwahlen: Nur die zwei ausgetretenen Mitglieder werden ersetzt.

Das Ratsbüro und die Kommissionspräsidiumskonferenz empfehlen die Variante Neuwahlen. Der Wahlrhythmus würde so dem Rhythmus der anderen Kommissionen angeglichen. Dieser ist an eine Legislaturperiode von vier Jahren gebunden. Einige Mitglieder sind bereits zwei Jahre in der BAK tätig. Diese Zeit wird nicht angerechnet werden.

Beschluss

Der Rat stimmt der Variante Neuwahlen stillschweigend zu.

4 Budget und Aufsichtskommission (BAK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums

Der Stadtrat wählt neu die folgenden Mitglieder in die Budget- und Aufsichtskommission: Hans Peter Aeberhard (FDP), Markus Blatter (FDP), Conradin Konzetti (GFL), Ruedi Friedli (SVP), Liselotte Lüscher (SP), Erich Ryter (SVP), Hasim Sancar (GB), Béatrice Stucki (SP), Martin Trachsel (EVP), Catherine Weber (GB), Beat Zobrist (SP).

Zum Präsidenten der BAK für das Jahr 2005 wird der von der Fraktion SP/JUSO nominierte Beat Zobrist (SP) gewählt.

Als Vizepräsident wird der von der Fraktion FDP nominierte Hans Peter Aeberhard (FDP) gewählt.

Stephan Hügli-Schaad (FDP): Die RGM-Mehrheit hat in allen Kommissionen 7 Mitglieder und die Bürgerlichen deren 4. Ausser in einer Kommission, dort hat die RGM-Mehrheit das Anrecht auf 8 Sitze und die Bürgerlichen auf 3. Gerne hätten wir in der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) 4 Mitglieder gestellt. Doch leider wurde uns dieser Wunsch nicht gewährt. Der Grund ist bekannt: Im letzten Jahr lag in der Kommission ein Verhältnis von 6 zu 5 vor. Fehlte ein RGM-Mitglied, dann wurden zum Teil Entscheide gefällt, die den Linken nicht gefielen. Das wäre aber mit einer Aufteilung von 7 zu 4 Sitzen nicht der Fall gewesen. Ausserdem war das Rechnungsergebnis der Sitzverteilung äusserst knapp.

Da die Mehrheitsverhältnisse im Rat bekannt sind und wir diese akzeptieren, verzichten wir auf eine Kampfwahl. Wir haben diesen Punkt an der Fraktionspräsidiumskonferenz angesprochen. Leider konnte keine Lösung gefunden werden. Bleibt zu hoffen, dass das ausgesendete Signal der Ratsmehrheit einmalig war und ein solches Anliegen beim nächsten Mal nicht abgelehnt wird. Des Weiteren hoffe ich, dass alle Ratsmitglieder die Worte des neuen Ratspräsidenten verstanden haben und ab und zu auf die Opposition hören werden.

**5 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)
Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und
des Vizepräsidiums**

Der Stadtrat wählt neu die folgenden Mitglieder in die Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt:

Giovanna Battagliero (SP), Margrith Beyeler-Graf (SP), Anna Coninx (GFL), Dolores Dana (FDP), Thomas Göttin (SP), Ueli Haudenschild (FDP), Natalie Imboden (GB), Barbara Streit-Stettler (EVP), Corinne Mathieu (SP), Thomas Weil (SVP), Sandra Wyss (FDP).

Zum Präsidenten der FSU für das Jahr 2005 wird der von der Fraktion SP/JUSO nominierte Thomas Göttin (SP) gewählt.

Als Vizepräsident wird der von der Fraktion SVP/JSVP nominierte Thomas Weil (SVP) gewählt.

**6 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)
Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und
des Vizepräsidiums**

Der Stadtrat wählt neu die folgenden Mitglieder in die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün:

Peter Bernasconi (SVP), Martina Dvoracek (GB), Andreas Flückiger (SP), Urs Frieden (GB), Mario Imhof (FDP), Stefan Jordi (SP), Erik Mozsa (GFL), Christoph Müller (FDP), Ueli Stückelberger (GFL), Margrit Stucki-Mäder (SP), Gisela Vollmer (SP).

Zum Präsidenten der PVS für das Jahr 2005 wird der von der Fraktion SVP/JSVP nominierte Peter Bernasconi (SVP) gewählt.

Als Vizepräsident wird der von der Fraktion SP/JUSO nominierte Andreas Flückiger (SP) gewählt.

**7 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)
Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und
des Vizepräsidiums**

Der Stadtrat wählt neu die folgenden Mitglieder in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur:

Gabriela Bader Rohner (GFL), Christof Berger (SP), Peter Bühler (SVP), Sibylle Burger-Bono (FDP), Karin Feuz-Ramseyer (FDP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Ueli Jaisli (SVP), Ruedi Keller (SP), Simon Röthlisberger (JA!), Rolf Schuler (SP), Miriam Schwarz (SP).

Zur Präsidentin der SBK für das Jahr 2005 wird die von der Fraktion FDP nominierte Karin Feuz-Ramseyer (FDP) gewählt.

Als Vizepräsident wird der von der Fraktion GB/JA!/GPB nominierte Simon Röthlisberger (JA!) gewählt.

8 Agglomerationskommission (AKO) Neuwahl von 9 Mitgliedern sowie für das Jahr 2005 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums

Der Stadtrat wählt neu die folgenden Mitglieder in die Agglomerationskommission:

Raymond Anliker (SP), Myriam Duc (GB), Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Simon Glauser (JSVP), Natalie Imboden (GB), Peter Künzler (GFL), Christoph Müller (FDP), Béatrice Stucki (SP), Andreas Zysset (SP).

Zum Präsidenten der AKO für das Jahr 2005 wird der von der Fraktion SP/JUSO nominierte Andreas Zysset (SP) gewählt.

Als Vizepräsident wird die von der Fraktion FDP nominierte Jacqueline Gafner Wasem (FDP) gewählt.

9 Wahl einer externen Revisionsstelle (BAK)

Geschäftsnummer: 00.000643

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Budget- und Aufsichtskommission vom 4. Januar 2005 betreffend Wahl einer verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung.
2. Er erteilt der KPMG Fides Peat, Gümligen-Bern, den Zuschlag im Vergabeverfahren und wählt die erwähnte Unternehmung als unabhängige Revisionsstelle und als Organ der Rechnungsprüfung für die Dauer von 4 Jahren von 2005 (Prüfung des Jahresberichts des Jahres 2004) bis 2008 (Prüfung des Jahresberichts des Jahres 2007).
3. Das Ratssekretariat wird beauftragt, gestützt auf diesen Beschluss im Namen des Stadtrats eine beschwerdefähige Verfügung gemäss Artikel 2ff. des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zu erlassen.

BAK-Referentin *Béatrice Stucki* (SP): Um Verfahrensfehler zu vermeiden, wurde die BAK beim Auswahlverfahren zur Bestimmung einer externen Revisionsstelle vom Beschaffungsbüro und vom Finanzinspektorat unterstützt. Gemeinsam haben das Beschaffungsbüro und das Finanzinspektorat das Pflichtenheft erarbeitet, die notwendigen Unterlagen bestimmt und die Ausschreibung veranlasst. Das Pflichtenheft ist sehr umfangreich und differenziert. Die Kriterien wurden sehr eng festgelegt. Der Preis spielte eine wichtige Rolle. Die Kosten für Mandats- und Revisorenleitung sowie für die Revisoren und das Sekretariat mussten separat ausgewiesen werden. Die Offerte gilt für die gesamte Vergebungsphase von 4 Jahren. Deshalb sind nur Kostendachofferten überprüft worden. Rabatte und Skonti waren nicht zugelassen. Die Prüfung der eingegangenen Angebote erfolgte an Hand eines strengen Rasters. Die anschliessende Beurteilung geschah auf Grund der erreichten Punktzahl. Die Gewichtung und Bewertung der Positionen war den Anbietern bekannt. Die Bewerber werden nach erfolgtem Stadtratsbeschluss schriftlich vom getroffenen Entscheid in Kenntnis gesetzt.

Am 19. November 2004 beriet die städtische Beschaffungskommission die eingereichten Offerten. Der Beschluss, den Auftrag der Firma KPMG zu vergeben, erfolgte einstimmig. Die BAK hat sich diesem Entscheid angeschlossen. Wir bitten den Stadtrat, die Firma KPMG als externe Revisionsstelle zu wählen.

Die Dauer dieses Mandats ist an eine Legislaturperiode gebunden. Damit eine neue Firma nicht erst wenige Wochen vor Jahresabschluss mit der Arbeit anfangen kann, wird dieser Auf-

trag zukünftig ein halbes Jahr vor Ende der Legislatur vergeben. Die BAK wird das bei der nächsten Wahl entsprechend einplanen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der BAK – Wahl der externen Revisionsstelle KPMG Fides Peat, Gümligen-Bern für die Dauer von 4 Jahren – mit 65 : 0 Stimmen zu.

10 Budget- und Aufsichtskommission (BAK): Bericht über ihre Tätigkeiten betreffend der städtischen Drogenpolitik über die vergangenen vier Jahre

Geschäftsnummer: 04.000530

BAK-Referentin *Catherine Weber* (GB): Im vorliegenden Bericht und mit dem entsprechenden Antrag zieht die BAK nach vier Jahren erstmals Bilanz zum Thema Drogenpolitik. Es geht darum, den 1999 vom Stadtrat erteilte Auftrag an die GPK zu erneuern und dem Stadtrat sowie der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Situation und die geleistete Arbeit abzulegen.

Obwohl das Thema Drogen - v.a. illegale Drogen - politisch stark polarisiert und Emotionen freisetzt, sind die Berichte in der Kommission sachlich diskutiert worden.

In den vorliegenden Unterlagen findet man eine kurze politische Würdigung der BAK. Auf zwei Punkte möchte ich besonders hinweisen: 1. Kürzlich haben wir gelesen, dass die Zahl der Drogentoten in der Schweiz im Jahr 2004 gegenüber dem 2003 erneut stark abgenommen hat, das ist erfreulich. Deshalb ist es gut und richtig, dass der Bundesrat per 1. Januar 2005 den Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis vorerst auf Ende 2009 verlängert hat. Doch die Situation ist und bleibt fragil; sie ist für die betroffenen, drogenabhängigen Menschen sehr schwierig und die in diesem Bereich tätigen Personen sind jeden Tag mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Diese Aussage gilt sowohl für die Mitarbeiter/innen der Polizei als auch für die Mitarbeiter/innen von Koda und Notschlafstellen sowie der Hodlerstrasse, den Methadonabgabezentren und allen weiteren betroffenen Institutionen inkl. der Gassenküche.

Vielleicht erscheinen Kommissionssitzungen, an denen Drogenberichte beraten werden, als unspektakulär. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass diesem Thema seitens des Stadtrats Aufmerksamkeit geschenkt wird. Momentan gibt es in der Stadt keine grössere Drogenszene. Doch würden auch nur eine oder zwei der getroffenen Massnahmen wegfallen bzw. gestoppt, dann sähe die Situation sehr schnell wieder ganz anders aus. Die Lage ist auch auf finanzieller Ebene fragil, denn die Stadt verfügt nicht bei allen Massnahmen über die alleinige finanzielle Entscheidungskompetenz.

2. Die BAK stellt fest, dass bei der Prävention, der Information und der Aufklärung noch Handlungsbedarf besteht. Wobei festzuhalten ist, dass die Stadt in diesem breiten Bereich bereits sehr vieles gemacht hat. Der vorliegende Vortrag enthält eine Liste von bereits laufenden Massnahmen. Es wird aber auch gezeigt, wo noch Handlungsbedarf besteht, damit die Stadt ihre gesetzten Ziele besser erreichen kann. Die BAK hat die Absicht, sich dem Thema Drogen noch intensiver zu widmen. Sie will auch Kostenvergleiche machen, so dass ersichtlich wird, wo Gelder umverteilt werden können und wo zusätzliche Finanzen nötig sind.

Der Konsum von Drogen ist so alt wie die Menschheit. In fast allen Religionen spielen Drogen bei der Ausübung von Ritualen eine Rolle, z.B. der Messwein, der vom katholischen Schamanen stellvertretend für die ganze Gemeinde getrunken wird. Oder Opium, welches im Römischen Reich die Droge Nummer 1 war. Es existierten Gesetze, die nicht den Opiumkonsum bestrafen, sondern die Panscherei von Opium. Erst die wachsende Zahl griechischer Sklaven

brachte die römische Gesellschaft und ihre Drogen- und Götterwelt tiefgreifend durcheinander. In einer ersten Phase wurden die griechischen Weintrinker (Anhänger des griechischen Weingotts Dionisos), die Bacchanten, stark unterdrückt. Die Römer bekämpften die Säufer aufs Heftigste. Erst der Siegszug des Christentums 313 n. Chr. führte dazu, dass der Alkohol vollständig legalisiert und der Konsum von Opium schrittweise kriminalisiert wurde.

Die BAK beantragt dem Stadtrat einstimmig, die beiden Punkte des vorliegenden Antrags zu überweisen und den Auftrag, das Thema Drogenpolitik weiterhin direktionsübergreifend zu beraten, zu verlängern.

Fraktionserklärungen

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die BAK sagt, dass sich die Situation im Drogenbereich verbessert und stabilisiert habe. Dieser Befund ist richtig, aber auch erklärungsbedürftig. Die Zahl der Drogenabhängigen in der Stadt hat nicht abgenommen. Dank den vielen stützenden Massnahmen fallen sie jedoch weniger auf und stören nicht mehr. Massnahmen wie die Abgabe von Heroin und Methadon usw. begünstigen diese Tatsache. Zudem sind die Krankenkassen gerne bereit, die Methadontherapie zu übernehmen. Die sonst anfallenden Pflege- und Spitalkosten würden um einiges höher ausfallen. Auch der Drogentourismus in Bern hat abgenommen, u.a. auch dank der ambulanten Vermittlungs- und Rückführungsaktion. Die erhobenen Zahlen zeigen, dass 60% aller in Bern aufgegriffenen Süchtigen aus der Stadt selber oder aus den Kontraktgemeinden stammen. 30% sind im restlichen Kanton zu Hause und nur 10% stammen von ausserhalb. Die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdiensten, der Fürsorge und der Polizei hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Negative Punkte: Da die weichen Drogen nicht liberalisiert wurden, werden harte und weiche Drogen an denselben Orten gehandelt, was die Situation verschärft. Diese Information stammt von Personen, die in engem Kontakt mit den Süchtigen stehen. Die Polizei negiert eine solche Vermischung. Auch die Situation auf dem Vorplatz der Reithalle ist unbefriedigend. Obwohl die Verantwortlichen der Reithalle hartnäckig versuchen, die Dealer wegzubringen, kehren diese ebenso hartnäckig immer wieder dorthin zurück. Die neuste Waffe, die auf dem Vorplatz angewendet wird, ist eine schrecklich tönende Lautsprecherstimme, die über Stunden hinweg darauf aufmerksam macht, dass man hier weder dealen noch harte Drogen konsumieren darf. Das Resultat: Die Dealer wickeln ihre Geschäfte ca. 100m weiter hinten ab. Natürlich ist es schön, dass es in Bern keine offene Drogenszene mehr gibt. Doch der überdimensionierte Aufwand, der betrieben werden muss, damit keine neue Szene entsteht, ist mit grossen Kosten verbunden. Die Polizeipräsenz in der Stadt ist sehr gross und das obschon nur ein kleiner Teil des Drogenhandels auf der Gasse stattfindet. Kokain und Heroin werden in Wohnungen, Restaurants und Bars gehandelt. Zudem hat sich die Zahl von Süchtigen, welche harte Drogen konsumieren, nicht reduziert. Das ist bedenklich. 200 Personen kommen regelmässig zur Heroinabgabe, 250 zur Methadonabgabe, weitere 200 holen ihre Methadondosis in einer Apotheke oder direkt beim Arzt und rund 100 bei der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse. Dazu kommt, dass rund ein Drittel aller Schwerstsüchtigen nicht erfasst ist. Zählt man diese Zahlen zusammen, so stellt man fest, dass ca. 1200 Personen von harten Drogen abhängig sind. Diese Zahl entspricht einem Prozent der Gesamtbevölkerung. Auch das Bundesamt für Gesundheit rechnet mit diesem Prozentsatz. Alkoholiker sind bei diesen Angaben nicht erfasst.

Die SP/JUSO-Fraktion stimmt den Anträgen der BAK zu. Es ist richtig, dass die Kommission weiterhin alle 6 Monate aktuelle Information zur Drogenpolitik erhält und dass die BAK alle zwei Jahre den Stadtrat über die Situation informiert. Das Vorgehen der BAK, verstärkt in die Prävention zu investieren finden wir gut. Die Zahl der Abhängigen kann nicht mit Massnah-

men wie PINTO, Drogen- oder Drogenersatzabgabe verringert werden. Man muss früher aktiv werden.

Michael Jordi (GB) für die GB/JA!/GPB-Fraktion: Der Bericht der BAK legt den Finger auf einen wunden Punkt: Die Antwort der Politik auf die heutige Situation ist „mangelhaft und unzureichend“. Unsere Fraktion stellt fest, dass sich die Drogenpolitik an einem Wendepunkt befindet. Die Situation steht fast still und man weiss nicht, in welche Richtung der Kurs schwenken wird. Konzepte werden hinterfragt, leider liegen aber keine neuen vor. Bei der Frage der Liberalisierung des Drogenkonsums hat die bürgerliche Mehrheit des Bundesparlaments in bekannter Manier den Kopf in den Sand gesteckt und die Revision des Betäubungsmittelgesetzes sistiert. Es stimmt, die Repression nimmt nicht zu, die Situation entspannt und klärt sich jedoch auch nicht. Auch hier ein Stillstand. Klar ist im Moment nur, dass auch in diesem Bereich gespart werden soll bzw. bereits gespart wird. Therapeutische Institutionen müssen schliessen, da ihre Finanzierung nicht mehr sicher gestellt ist, z.B. das Aebihus, welches auch für die städtischen Therapiewilligen zur Verfügung stand. Die Politik hat nichts unternommen, um dies zu verhindern. Ich spreche hier nicht von der städtischen, sondern von der kantonalen Politik. Die städtischen Politikerinnen und Politiker hingegen schlafen im Bezug auf die Sparbestrebungen und der Neukonzeptionierung der kantonalen Drogenpolitik. Es zeichnet sich ab, dass der Kanton Gelder in grösserem Umfang verteilen will und zwar folgendermassen: Er will das Geld vermehrt den ländlichen Projekten anstelle der städtischen Projekten zukommen lassen und zweitens soll die „legale“ Drogenhilfe vermehrt unterstützt werden. Natürlich finde ich es gut, dass die Drogenhilfe im Bereich der legalen Drogen stärker unterstützt wird. Das sollte aber nicht auf Kosten von bisherigen Projekten wie Contact und der städtischen Drogenpolitik geschehen. Das geplante Vorgehen hätte weitreichende Folgen für unsere Drogenpolitik. Hierzu hat die Stadt bisher geschwiegen, obschon sich das Vorgehen des Kantons seit rund einem halben Jahr abzeichnet. Schweigen tut sie auch bezüglich der Kleindealerszene vor der Reithalle und das, obwohl die Kulturinstitution auf Grund der unhaltbaren Zustände rund um das Gebäude langsam erstickt. Wir erwarten konkrete Massnahmen des Gemeinderates. Natürlich kann das Problem nicht so schnell aus der Welt geschaffen werden, aber man kann die Reithalle entlasten. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag und den Vorschlägen der BAK zu.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Unsere Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom BAK-Bericht. Auch die FDP stellt fest, dass die offene Drogenszene nicht mehr vorhanden ist und dass sich die Situation gegenüber den neunziger Jahren verbessert hat. Ich weise darauf hin, dass sich die im Bericht vorliegende Antwort der Politik auf die Vergangenheit bezieht. Die Antwort kann nicht als mangelhaft bezeichnet werden, da eine positive Entwicklung festzustellen ist. Nicht zufrieden sind wir mit der Situation bezüglich des Drogendealens. Auch wenn die Dealer immer wieder von den exponierten Orten wie Reithalle oder grosse Schanze weggeschickt werden, hat sich die Lage nicht verbessert. Es ist offensichtlich trotz grossem Polizeieinsatz nicht möglich, die Dealer zu vertreiben. Im Vortrag steht, dass die BAK am 28. Juni 2004 den neunten und zehnten Drogenbericht behandelt habe. Es ist also möglich, zwei Berichte auf einmal zu besprechen. U.a. auch auf Grund dieser Information, schlägt die FDP vor, dass der Gemeinderat nur einmal pro Jahr einen Bericht zu Handen der BAK erstellt. Die im Antrag geforderte Häufigkeit ist unnötig hoch und belastet die Verwaltungskapazität. Die so gesparte Zeit kann bestimmt besser eingesetzt werden. Deshalb werden wir den Antrag 1 der BAK nicht unterstützen. Dem Antrag 2 hingegen stimmen wir zu.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Im Bericht der BAK unter Punkt 2, Würdigung, steht: Die BAK befinde es als unabdingbar, Massnahmen zu ergreifen, damit sich die fragile Situation im Bereich der nicht legalen Drogen auf dem heutigen Stand halten könne. Es ist wenig wahrscheinlich, die Stadt gänzlich drogenfrei zu bekommen. Catherine Weber (GB) hat uns vorab darüber aufgeklärt, dass es schon immer Drogen gegeben habe. Doch die SVP/JSVP gibt sich nicht einfach mit der jetzigen Situation zufrieden, sondern strebt eine weitere Verbesserung an. Es existieren immer noch zahlreiche Orte, an denen gefixt wird. Wir unterstützen die beiden Anträge der BAK.

Einzelvotum

Beat Schori (SVP): Eine Korrektur zum Votum von Beat Zobrist: Er sagte, dass die Krankenkassen gerne für die Drogenabgabe aufkommen würden. Das ist nicht korrekt. Ich arbeite bei einer Krankenkasse. Die Kassen übernehmen diese Leistung, aber von gerne kann nicht die Rede sein.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt dem Antrag 1 der BAK - die BAK informiert sich halbjährlich über die Drogenpolitik des Gemeinderats - mit 56 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.
 2. Der Rat stimmt dem Antrag 2 der BAK - Information über die aktuelle Drogenpolitik an den Stadtrat erfolgt alle 2 Jahre - mit 69 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
- Der Rat stimmt dem Vorgehen, noch die Traktanden 12, 17 und 18, zu behandeln, stillschweigend zu. -

12 Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Michael Straub, EVP): Ist Energie Wasser Bern ewb noch wirtschaftlich fit?

Geschäftsnummer: 04.000424

ewb verkaufte im Jahr 2003 für beinahe 5 Mio. Franken weniger Elektrizität (Geschäftsbericht 2003, Seite 32 „Erlös aus Stromverkauf“).

Dieser Umsatzeinbruch im Elektrizitätsgeschäft ist mehr als verwunderlich und führt zu Verunsicherung. Im selben Zeitraum, im Jahr 2003, legte die Konkurrentin BKW einen Spitzenjahresabschluss 2003 vor, der mit einem überaus deutlichen Plus von 27 Prozent im Stromumsatz glänzt. Im Espace Mittelland, im Raum Baselland und Jura konnte mehr Elektrizität abgesetzt werden, vor allem aber im internationalen Stromhandel. Andere Elektrizitätsfirmen wie Atel oder Axpo konnten im Jahr 2003 Umsatz wie Gewinn bis zu 70 Prozent steigern und sind gemäss Medienberichten „in Hochform“ (Bund vom 29.1.2004 und 5.3.2004; BZ vom 5.3.2004 und 8.4.2004).

1. Wie ist der deutliche Umsatzeinbruch im Bereich Elektrizität bei ewb im Jahr 2003 – im Vergleich zur Konkurrenz – begründet? Weshalb konnte ewb vom stark wachsenden Gesamtmarkt nicht profitieren?
2. Wirkt sich der Umsatzeinbruch kurz- bis mittelfristig auf die Gesundheit des Unternehmens aus? Wo liegen die Schwächen/Gefahren?
3. Ist in den folgenden Jahren die 30 Millionen-Gewinnablieferung von ewb an die Stadtrechnung gesichert?

Bern, 24. Juni 2004

Direktorin SUE *Barbara Hayoz*: Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Stadträtinnen und Stadträten für die Gratulation zu meiner Wahl. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und nehme die Herausforderung gerne an.

Frau Gemeinderätin Barbara Hayoz beantwortet die Kleine Anfrage für den Gemeinderat wie folgt: *Zu Frage 1:*

Energie Wasser Bern (ewb) ist in erster Linie als Versorgerin von Endkundinnen und -kunden sowie als Verkäuferin von Überschussenergie tätig. Erst in den letzten Jahren wurden auch die Pumpveredelung und der Eigenhandel intensiviert, da der Energiemarkt zunehmend transparenter und auch liquider wurde. Die Umsätze machen jedoch nur einen Bruchteil der von den grossen Stromhändlern umgesetzten Mengen aus, wie die nachstehende Tabelle der Energieabsätze 2003 an Endkundschaft und Dritte zeigt:

	ewb	BKW	ATEL	Axpo
in GWh	1 641	44 236	68 500	105 444

Bei der Versorgung der Endkundinnen und -kunden konnte im Jahr 2003 eine Steigerung des Energieabsatzes um 1,8 % verzeichnet werden. Die letzten Jahre haben jedoch deutlich aufgezeigt, dass der Zuwachs im Netzgebiet von ewb wegen der unterschiedlichen Kundenstruktur nur bedingt mit anderen Versorgungsgebieten verglichen werden kann. Da sich ewb zudem für einen ökologischen Umgang mit der elektrischen Energie einsetzt, werden Verbrauchskategorien, wie z.B. die Elektrospeicherheizungen, welche den Absatz steigern, gezielt nicht gefördert.

Wie dem ewb-Geschäftsbericht 2003 zu entnehmen ist, wirkten sich die verschiedenen Vertragsanpassungen im Hinblick auf eine längerfristige Kundenbindung im Jahr 2003 dahingehend aus, dass der Ertrag aus dem Stromverkauf an die Endkundschaft trotz der Zunahme der Energiemenge abnahm.

Die BKW AG dagegen weist in ihrem Geschäftsbericht 2003 eine Zunahme der Energieabgabe um 3,7 % aus. Die im Jahr 2002 durchgeführte Rabattaktion wurde im Jahr 2003 nicht mehr wiederholt. Dies führte bei der BKW AG zu einer Zunahme der Erträge im Endkundengeschäft. Zudem erzielt die BKW einen beträchtlichen Teil des Umsatzes aus dem Handelsgeschäft. Die unterschiedlichen Parameter bei der Bildung der Umsätze und Gewinne lassen somit keinen direkten Vergleich zu.

Im Stromhandel wirkte sich der heisse Sommer für ewb negativ aus. Die früher klassische Zeit der günstigen Stromeinkäufe für Pump- und Kompensationsgeschäfte im Sommer konnte wegen der unerwartet hohen Preise, bedingt durch die ungewöhnlich lange Periode mit hohen Temperaturen und der daraus folgenden Trockenheit, nicht wie gewohnt ausgenutzt werden.

Die grossen Stromhändler BKW, ATEL, AXPO etc. mit ihren umfangreichen Handelsbüros (bei der BKW z.B. sind im Energiehandel und in der Energiebewirtschaftung ca. 70 Mitarbeitende tätig, bei ewb sind es 2,5 Mitarbeitende), den grossen Produktionskapazitäten und den exzellenten Verbindungen in das Ausland mit eigenen Tochterfirmen konnten auf diese Situation deutlich besser reagieren als ewb. Zudem besitzen die Grosshändler hoch entwickelte, leistungsfähige und sehr teure Handels- und Riskmanagement-Systeme, welche die grossen Umsätze erst ermöglichen. Insofern ist ewb nicht vergleichbar mit den grossen Marktspielern. Ein weiterer Faktor sind die fundierten Analysemöglichkeiten des Strommarkts, welche nur durch eine starke Integration in den europäischen Handel möglich sind.

Trotz der beschränkten Produktionskapazitäten und der momentan einfachen Hilfsmittel im Handel weist ewb diesbezüglich eine gute Performance aus. Um die sich bietenden Möglichkeiten im Strommarkt besser ausnutzen zu können, wird bei ewb momentan ein für Stadt-

werke entwickeltes Handels- und Riskmanagement-System eingeführt, welches die geeignete Unterstützung für eine kontrollierte Steigerung der Handelsumsätze bildet.

Im Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass die Verkäufe an Dritte (s. Geschäftsbericht 2003) um Fr. 1 529 948 gesteigert werden konnten. Somit beläuft sich der effektive Rückgang der Einnahmen aus dem Stromgeschäft auf Fr. 3 284 290 und nicht Fr. 5 000 000.

Zu Frage 2: ewb weist eine gute finanzielle Substanz auf, welche solche Schwankungen ohne schwerwiegende Folgen aufnehmen kann. Ansonsten hätte ewb auf die durchgeführten Tarifanpassungen und die Rückvergütungsaktion an die Privatkundinnen und -kunden verzichtet. Ebenso lassen sich die Risiken im Energiehandel und der Produktion durch geeignete Massnahmen weitgehend absichern, so dass keine unmittelbare Gefährdung des Unternehmens auftreten kann. Die Risiken bei den Produktionsanlagen, z.B. einen längeren Ausfall des Kernkraftwerks Gösgen, werden durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt. Gemäss der Jahresstatistik der Zeitschrift „Bilanz“ gehört ewb nach wie vor zu den ertragsstärksten Unternehmen in der Schweiz.

Eine mit Risiken verbundene Herausforderung ist die sich abzeichnende Öffnung des Strommarkts. Als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit einer konkurrenzfähigen Produktionsbasis sowohl bezüglich Kosten wie Produktionsmix, einem günstigen Stromnetz mit hoher Versorgungssicherheit, einer guten Bindung bei der Endkundschaft und sachkundigem Personal sollte ewb jedoch auch im offenen Markt bestehen können. Im Vergleich zu reinen Wiederverkäufern ist ewb, als Nettoproduzentin mit verhältnismässig günstigen Produktionskosten, in einer relativ komfortablen Lage. Trotzdem ist damit zu rechnen, dass die heutigen Tarife möglicherweise im Markt nicht mehr gehalten werden können. Durch das weitere Absinken der Erträge dürfte die kritische Schwelle trotz interner Spar- und Optimierungsmassnahmen kurz- bis mittelfristig erreicht werden. Deshalb kann eine solide Finanzierung des Unternehmens nur erreicht und gehalten werden, wenn nebst der erwähnten Rationalisierungs- und Sparmassnahmen bei der Gewinnplanung die Sicherung des Unternehmens und dessen Arbeitsplätze sowie der Erhalt einer sicheren Energieversorgung Priorität haben. Damit kann die Markt- und Dienstleistungsfähigkeit gesichert werden.

Zu Frage 3: Die Eigenkapitalverzinsung (Gewinnablieferung) der Unternehmung ewb an die Eigentümerin Stadt Bern liegt seit jeher weit über dem Durchschnitt der üblichen Renditen. Verglichen mit anderen schweizerischen Energieversorgungsunternehmen weist sie sogar einen Spitzenwert auf.

Die zu erwartende Marktöffnung kann dazu führen, dass die Gewinnablieferung an die Stadt Bern mittel- bis längerfristig nicht mehr auf dem üblich hohen Niveau gesichert werden kann. Es ist zudem davon auszugehen, dass - unabhängig einer allfälligen Marktöffnung - die Energieproduktionskosten mittel- bis langfristig steigen werden. Auch aus diesem Grund können Gewinnablieferungen in der bisherigen Höhe nicht auf alle Zeiten garantiert werden, da entsprechend notwendige Tarifierhöhungen gegenüber der Kundschaft und auch politisch nur schwer durchsetzbar wären. Da sich die Konsequenzen aus der Marktöffnung nur schwer abschätzen lassen, ist es erforderlich, dass mit der Stadt Bern eine flexible, klar definierte mehrjährige Regelung der Gewinnablieferung, abgestützt auf vorerwähnte Kriterien, ausgehandelt wird. ewb braucht diese unternehmerische Flexibilität, um das Unternehmen auch im hart umkämpften Markt in eine gesicherte Zukunft mit einer zuverlässigen Energieversorgung der Kunden führen zu können.

17 Kleine Anfrage Christoph Müller (FDP)/Oskar Balsiger (SP): Egelsee in Agonie - bringen die gemeinderätlichen Massnahmen wirklich die notwendige Verbesserung?

Geschäftsnummer: 04.000422

Ausgangslage: Seit Jahren verschlechtert sich die Situation des Egelsees, vor allem der biologische Zustand. Durch die Überdüngung des Wassers ist das Leben im See akut bedroht und er droht mit Gewächsen unerwünscht zuzuwachsen. In verschiedenen Vorstössen wurde die Sanierung der Zustände verlangt, u.a. in der Motion Müller/Jaberg „Stadtspark Bern-Ost“ aus dem Jahr 2003.

Gegenüber der Quartierbevölkerung hat sich der Gemeinderat verpflichtet, die Angelegenheit wirksam in die Hand zu nehmen. Er hat einen Kredit von 100'000 Franken gesprochen, mit welchem über 4 Jahre wirksame Massnahmen ergriffen werden sollen. Eine unter diesen Massnahmen ist das Abmähen des Laichkrauts. Der SOML-Leist hat der Stadt für die Sanierungsarbeiten tatkräftige, unentgeltliche Mitarbeit zugesagt.

Eine erste Mähaktion hat am 9.6.2004 stattgefunden, und zwar 5 nach 12 – d.h. erst als der See gerade am Kippen war – und sie hat einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Die Durchführung an sich ist im Quartier positiv aufgenommen worden. Die Art und Weise der Durchführung hat aber Zweifel an der Professionalität geweckt. Für die engagierten freiwilligen Helfer entstanden unzumutbare Wartezeiten, was die Motivation für die künftigen Mähaktionen stark dämpfte. Der Transport des abgemähten Krauts war unzweckmässig organisiert und wenig wirksam. Ein grosser Teil des abgeschnittenen Krauts blieb im See zurück und wird diesen durch Verfaulen zusätzlich belasten. Obschon nur kurz aktiv genutzt, war das Mähboot trotzdem den ganzen Tag beansprucht.

Fragen an den Gemeinderat:

1. Welche konkreten Massnahmen für den Egelsee wurden bisher durchgeführt? Zu welchen Kosten?
2. Welche Ergebnisse können heute festgestellt werden?
3. Existiert eine regelmässige Überwachung des Gewässerzustands und der Wirksamkeit der Massnahmen?
4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Erfahrungen aus den Massnahmen systematisch gesammelt und zweckmässig ausgewertet werden und in ein routinemässiges Unterhaltskonzept einfliessen, welches das nachhaltige Gedeihen des Egelsees garantiert?

Bern, 24. Juni 2004,

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Ich habe in diesem leicht angegrauten Saal bereits 440 Tage meines Lebens verbracht. Soviel Ratserfahrung hat man ungefähr nach rund 20 Jahren Stadtrat. Die Arbeit ist also nicht neu für mich. Allerdings sitze ich zum erstem Mal auf der anderen Seite. Doch ich stelle fest, dass mir das besser gefällt als die breiten Rücken der kantonalen SVP-Kollegen anzuschauen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Frau Gemeinderätin *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage für den Gemeinderat wie folgt: Der Gemeinderat möchte einleitend dem Schosshalden-Ostring-Murifeld-Leist (SOML) und allen Helferinnen und Helfern für die unentgeltliche Mitarbeit bei der Entkrautungsaktion vom 9. Juni 2004 danken. Der Gemeinderat bedauert, dass die Aktion noch gewisse Mängel aufgewiesen hat (lange Wartezeiten, unzweckmässige Transporte, zu kurzer Mähbooteinsatz). Da die Aktion für alle Beteiligten Pilotcharakter hatte, sind durchaus noch Verbesserungsmassnahmen möglich. Diese sollen in einer „Manöverkritik“ mit dem SOML besprochen werden.

Etwas erstaunt ist der Gemeinderat über die Feststellung der Anfragenden, wonach die Entkrautungsaktion „fünf nach zwölf“ – also zu spät – stattgefunden haben soll und der See bereits „am Kippen“ gewesen sei. Das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle (AfUL) beobachtet die Sauerstoffsituation im See seit Jahren und seit der Installation der Sauerstoffmesssonde im Jahr 2004 sogar rund um die Uhr. So konnte festgestellt werden, dass weder in der Zeit vor, noch während der Entkrautungsaktion akuter Sauerstoffmangel im Wasser geherrscht hat.

Zu Frage 1: Folgende Massnahmen wurden ergriffen:

- Mit der Feuerwehr wurde ein Notfallszenario erarbeitet: Zur Verhinderung eines Fischsterbens wird der See im Notfall mit Frischwasser ab Netz gespiesen. Bisher keine Kostenfolgen.
- Es ist eine Sauerstoffmesssonde für die ununterbrochene Sauerstoff-Messung installiert worden, die automatisch Alarm auslöst, wenn die Grenzwerte unterschritten werden. Kosten: ca. Fr. 12 000.
- Es werden regelmässig chemisch-physikalische Messungen des Seewassers und des Zuflusses Wysslochbach durchgeführt. Kosten: ca. Fr. 3 100 pro Jahr.
- Der Kutscherei-Betrieb ist kontrolliert und notwendige Gewässerschutz-Massnahmen sind verfügt worden (ohne Kostenfolgen).
- Mit den benachbarten Landwirten sind Verhandlungen für eine extensivere Bewirtschaftung aufgenommen worden.
- Es laufen auch Verhandlungen für eine bessere Speisung des Sees mit Frischwasser.
- Eine erste Entkrautung wurde mit Begleitung durch einen externen Biologen durchgeführt. Kosten: ca. Fr. 9 600. Im Jahr 2005 sind für die Nachkontrolle zusätzlich Fr. 2 000 budgetiert.

Zu Frage 2: Der Egelsee ist ein träges Öko-System. Deshalb kann eine verlässliche Aussage zur nachhaltigen Verbesserung des Gesundheitszustands des Sees frühestens in 10 Jahren gemacht werden. Die Vorkehren, um solche Änderungen beobachten zu können, wurden getroffen (vgl. Angaben zu Fragen 1 und 4). Erste Aussagen zur Effektivität der Entkrautungsaktion lassen sich in einem Jahr machen, wenn die erneute Entwicklung beobachtet werden kann.

Zu Frage 3: Ja, der Gewässerzustand wird regelmässig durch das AfUL auf die wichtigsten Nährstoffparameter überwacht. Damit kann die Wirksamkeit der Massnahmen verfolgt werden. Um bei einem kurzfristigen „Kippen“ des Sees eingreifen zu können, wird der Egelsee auch mit einer Sauerstoffsonde dauernd überwacht (s. auch Antwort auf Frage 1).

Zu Frage 4: Für den Unterhalt der Uferpartien und die Umgebung des Egelsees gibt es seit der Sanierung ein Pflegekonzept. Die Arbeiten werden vom Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle und von der Stadtgärtnerei Bern überwacht und nötigenfalls korrigiert.

Die Gesundung des Egelsees wird aber auch von den Aktivitäten aller Menschen im Einzugsgebiet des Egelsees beeinflusst. Der Gemeinderat versucht im Rahmen der leider begrenzten finanziellen Mittel die Interessens- und Nutzungskonflikte zum Nutzen des Egelsees zu lösen. Die vom Gemeinderat am 10. September 2003 beschlossenen dringlichen Massnahmen zur Erhaltung des Egelsees werden aufgezeichnet, kommentiert und überwacht, denn die Erfolgskontrolle ist Voraussetzung zur allfälligen Erteilung weiterer Aufträge. Auf Grund der erfolgten Beantwortung wird ersichtlich, dass die Massnahmen so steuerbar sind, dass das Ziel, die Erhaltung des Sees und des gesamten Ökosystems, langfristig gesichert werden kann.

Fragesteller Christoph Müller (FDP): Ich danke für die gute Antwort.

Ratspräsident *Philippe Müller*: Ich lade alle Anwesenden zu dem unten im Rathaus vorbereiteten Apéro ein.

Der Betrag der eingegangenen Spenden für die Opfer der Flutkatastrophe beträgt 3'300 Franken.

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 11, 13, 14, 15, 16 und 18 auf die Sitzung vom 20. Januar 2005. -

Eingänge

Es werden zwei Motionen, vier Postulate und zwei Interpellationen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil): Keine institutionalisierte Integrationspolitik in der Stadt Bern – Abschaffung der Koordinationsstelle für Integration!

Nach Art. 7 Abs. 1 GO fördert die Stadt die tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung und die Mitwirkung der Ausländerinnen und Ausländer.

Nach dieser Bestimmung (und damit auch dem Willen der stimmberechtigten Wohnbevölkerung der Stadt Bern) können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einer Integration förderlich sind. Diese haben sich aber innerhalb der bereits bestehenden Infrastruktur zu bewegen. Die Integration soll tatsächlicher und nicht institutionalisierter Natur sein. Eine solche kann durchaus in den einzelnen Direktionen gefördert werden; dazu bedarf es nicht einer zusätzlichen Koordinationsstelle.

Nun hat der Gemeinderat nicht einfach den Volkswillen im umschriebenen Sinn vollzogen, sondern in Missachtung dessen eine Koordinationsstelle für Integration mit weitgehenden Kompetenzen und ausserhalb umschriebenen Aufgaben geschaffen. Eine „zentrale“ Aufgabe ist beispielsweise die Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen im Migrations- und Integrationsbereich. Dabei entwickelt sie integrationspolitische Konzepte und formuliert spezifische Integrationsziele und Massnahmen. Selbstverständlich koordiniert sie diese auch. Für diesen umfassenden und natürlich auch gewichtigen – in erster Linie aber undurchsichtigen – Aufgaben- und Handlungsbereich der Koordinationsstelle bedarf es auch zusätzlicher Organisationseinheiten (Sekretariat der Konferenz der Integrationsverantwortlichen, der Fachkommission für Integration des Forums).

Dabei hat allein für die Konferenz der Integrationsverantwortlichen jede Direktion der Stadtverwaltung einen oder eine Integrationsverantwortlichen zu bestimmen. Der Fachkommission für Integration kommt dabei beratende Kompetenz zu. Das Forum der Migrantinnen und Migranten soll ein offenes, Impuls gebendes Gremium, darstellen. Zudem kann hier die interessierte ausländische Bevölkerung, die kein Stimm- und Wahlrecht hat, ihre integrationspolitischen Bedürfnisse formulieren.

Mit dieser formalisierten Form der – durchaus berechtigten tatsächlichen und vom Volk auch getragenen Integration – geht der Gemeinderat aber weit über den in Art. 7 der GO enthaltenen Auftrag hinaus. Er missachtet ihn sogar und setzt sich damit über den Volkswillen hinweg.

Unter diesen Vorzeichen beauftragt unsere Fraktion den Gemeinderat, diese Koordinationsstelle aufzulösen und die Integration in den bereits vorhandenen Stellen der einzelnen Direktionen weiterhin zu fördern.

Bern, 13. Januar 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Peter Bühler, Simon Glauser, Beat Schori, Erich Ryter, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Peter Bernasconi

Motion Fraktion GB/JA! (Catherine Weber, GB/Anne Wegmüller, JA!): Auswirkungen der Flutkatastrophe auf Sri Lanka: Die Stadt Bern soll sich nachhaltig engagieren

Die Schweizer Bevölkerung hat eine unglaubliche Solidarität gezeigt und mit enormen Spenden einen wesentlichen Beitrag an die Sofort- und Aufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe in Südasien Betroffenen geleistet.

Es gilt nun, die in diesen Regionen lebenden Menschen beim Wiederaufbau der Infrastrukturen in allen Bereichen über längere Zeit und möglichst direkt zu unterstützen. Eine bewährte Möglichkeit dazu sind Partnerschaftsmodelle für konkrete Projekte bzw. Dörfer oder Städte.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in der Stadt und Region Bern seit vielen Jahren eine grössere, vorab tamilische Gemeinschaft lebt – anerkannte Flüchtlinge, von denen viele bereits eingebürgert sind –, die politische Situation im Osten und Norden Sri Lankas nach wie vor unsicher ist und eine langfristige Aufbauhilfe besonders schwierig werden könnte, soll sich die Stadt Bern in dieser Region nachhaltig engagieren.

Der Gemeinderat wird daher beauftragt:

Dem Stadtrat ein Partnerschaftsmodell in Zusammenarbeit mit in der Region tätigen Hilfswerken und den, zur Finanzierung notwendigen ausserordentlichen Kredit im Rahmen von mind. 3 Franken pro Einwohner/Einwohnerin vorzulegen. Dabei soll nebst dem Rahmenkredit auch die Möglichkeit des gezielten Einbezugs von städtischem Know-how in den Bereichen Bau, Bildung und Gesundheit mitberücksichtigt werden.

Bern, 13. Januar 2005

Motion Fraktion GB/JA! (Catherine Weber, GB/Anne Wegmüller, JA!), Urs Frieden, Karin Gasser, Simon Röthlisberger, Michael Jordi, Carolina Aragon, Daniele Jenni, Myriam Duc, Hasim Sancar

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL): Zwingende Nachzählung bei knappen Abstimmungs- und Wahlergebnissen

Gemäss heutiger Regelung des Reglements über die politischen Rechte (Art. 25) hat der Gemeinderat ein grosses Ermessen, ob er bei Abstimmungen und Wahlen eine Nachzählung veranlassen will oder nicht, dies auch dann, wenn die Resultate sehr knapp sind. So besteht heute in keinem Fall eine Pflicht für eine Nachzählung.

In einem konkreten Fall hat der Gemeinderat ein entsprechendes Gesuch um Nachzählung abgewiesen, obwohl die Differenz der Stimmen zwischen zwei Kandidatinnen weniger als 1 Promille betrug. Er begründete die Abweisung des Gesuches damit, dass keine Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses bestünden.

Die Unterzeichnenden teilen diese Begründung der Ablehnung des Gesuches nicht. Sie vertreten vielmehr die Auffassung, dass ein sehr knappes Resultat per se rechtfertigt, dass die Stimmen ein zweites Mal ausgezählt werden, geht es doch darum, möglichst genau das „wahre“ Resultat zu ermitteln. Da bei Auszählungen oft Fehler vorkommen (was kaum zu vermeiden ist), ist es wichtig, dass gerade bei knappen Resultaten nachgezählt wird, kann doch dadurch der Wahrheitsgehalt der Ergebnisse erhöht werden.

Die heutige Regelung ist ungenügend. Denn ob beim Auszählen Fehler passiert sind, und deshalb „Zweifel an der Richtigkeit bestehen“, können die einzelnen Stimmberechtigten gar nicht wissen, ist doch der überwiegende Teil der Stimmberechtigten nicht am Auszählen der Stimmen beteiligt.

Der Gemeinderat sollte deshalb nicht wie heute über ein völlig freies Ermessen verfügen, ob er nachzählen lassen will oder nicht. Dieses Ermessen ist zu konkretisieren. Die Unterzeichnenden könnten sich etwa folgende Änderung des Reglements über die politischen Rechte (RPR) vom 16. Mai 2004 (SSSB 141.1) vorstellen:

Art. 25 Nachzählen

¹Beträgt bei Abstimmungen und Gemeinderatswahlen die Differenz zwischen den Stimmen der Ja- und Nein-Anteile bzw. der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten weniger als 0,5 %, werden die relevanten Stimm- bzw. Wahlzettel zwingend ein zweites Mal ausgezählt.

²Das Ergebnis der zweiten Auszählung kann erst dann erahn werden, wenn mindestens zwei aufeinander folgende, ausschussinterne Zählungen zu eindeutigen Resultaten geführt haben.

³In den übrigen Fällen kann der Gemeinderat eine Nachzählung veranlassen, namentlich dann, wenn Zweifel an der Richtigkeit der ermittelten Resultate bestehen.

Aber auch die Lösung, wie sie in der Stadt Burgdorf gilt (vgl. Art. 17 des Burgdorfer Reglements über die Urnenwahlen und -abstimmungen) ist eine mögliche Lösung. Zudem vermuten die Unterzeichnenden, dass es auch noch andere Situationen als die oben umschriebene gibt, bei denen es sinnvoll wäre, dass zwingend nachgezählt würde. Deshalb reichen sie diesen Vorstoss in der offenen Form des Postulates ein, in der Absicht, dass der Gemeinderat eine umfassende Prüfung des Anliegens vornimmt.

Aus diesen Gründen fordern die Unterzeichnenden den Gemeinderat auf, dem Stadtrat eine Änderung von Art. 25 RPR (Konkretisierung der Gründe für eine Nachzählung) im Sinne der Erwägungen zu unterbreiten.

Bern, 13. Januar 2005

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL), Gabriela Bader-Rohner, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Nadia Omar, Erik Mozsa, Anna Magdalena Linder, Peter Künzler, Verena Furrer-Lehmann, Conradin Conzetti, Rania Bahnan Buechi, Anna Coninx

Postulat Urs Frieden/Catherine Weber (GB): Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche ist in Bern ein Muss!

Der Presse (Berner Zeitung, 3.12.2004) war zu entnehmen, dass bei der Zuteilung der Schwimmbad-Benützenden durch das Sportamt offenbar etliche Kinderschwimmkurse zum Opfer fallen. Gerade in der von der Aare umgebenen Stadt Bern ist das Erlernen des Schwimmens im Kindesalter sozusagen ein Muss.

Vor dem Hintergrund, dass ein obligatorischer Schwimmunterricht an den Berner Schulen nicht existiert, ist daher bei der Zuteilung der Wassernutzungen in den Berner Hallenbädern den Schwimmkursen für Kinder und schulpflichtige Jugendliche deutlich mehr Priorität einzuräumen.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf, die Zuteilung der Wassernutzung in den städtischen Hallenbädern so zu organisieren, dass insbesondere von Herbst bis Frühjahr sämtliche von Privaten und Vereinen angebotenen Schwimmkurse für Kinder und schulpflichtige Jugendliche zu kinder- und familienfreundlichen Zeiten stattfinden können. Dem Stadtrat ist über die dafür getroffenen Verhandlungen und Massnahmen entsprechend Bericht zu erstatten.

Bern, 13. Januar 2005

Postulat Urs Frieden/Catherine Weber (GB), Karin Gasser, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Michael Jordi, Hasim Sancar, Carolina Aragon, Daniele Jenni

Postulat Hasim Sancar (GB): Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern – mehr Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für nicht eingebürgerte Jugendliche

Die Erwerbslosenzahlen sind in der Stadt Bern seit 2000 markant gestiegen (von 1.9% auf 4.7% in 2003). Eine Verschiebung innerhalb der Altersgruppen zeigt sich auch durch den überproportional wachsenden Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr. In den Quartieren der Stadt Bern wie Bümpliz, Bethlehem, Lorraine usw., wo v.a. Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Lohneinkommen leben, ist die Situation mit ca. 10% Jugenderwerbslosigkeit alar-

mierend. Zugewanderte und ihre Kinder sind besonders betroffen: „Die Arbeitslosenquote ist bei den ausländischen mehr als doppelt so hoch wie bei den schweizerischen Personen...“ (Kurzbericht „Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern“, Finanzverwaltung Statistikdienste der Stadt Bern, Juni 2004).

Die hohe Zahl der Jugendarbeitslosigkeit unter den MigrantInnen hat mit der Lehrstellen-Politik der verschiedenen involvierten Stellen zu tun. Eine davon ist die Stadt Bern mit ihrer Verwaltung als Arbeitsgeber. Offenbar ist unter den 44 Lehrlingen/Lehrfrauen, die im August 2004 ihre Lehre begonnen haben, nur eine Person ohne Schweizer Pass.

Noch nicht eingebürgerten MigrantInnen machen einen Fünftel der Wohnbevölkerung der Stadt Bern aus. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis. Integration kann und soll durch Partizipation (Teilhabe und Teilnahme) erfolgen. Für die zukünftige berufliche Integration spielt die Lehrstellensituation heute eine grosse Rolle. Wer also heute eine gute Lehrstelle hat, hat mehr Chancen, morgen eine Stelle zu finden. Die Stadt Bern hat sich mit ihrem Integrationsleitbild so wie mit dem Art. 7 der GO (Die Stadt fördert die tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung) eine Aufgabe vorgenommen. Es scheint aber, dass in diesem Bereich bis jetzt noch zu wenig Schritte in die Richtung Integration gemacht worden sind. Es darf nicht sein, dass immer wieder von einer Integration gesprochen wird, aber eine der wichtigsten Türen für einen Teil der Wohnbevölkerung verschlossen bleibt. So stimmt etwas nicht. Daher wird der Gemeinderat beauftragt,

1. dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten, wie viele der Lehr- und Praktikumstellen (mit und ohne Abschluss) in der städtischen Verwaltung (differenziert nach Direktionen und Berufsfeldern) seit 2000 an nicht eingebürgerte Jugendliche vergeben worden sind;
2. ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, wie bis Ende dieser Legislatur, d.h. bis Ende 2008, schrittweise mindestens bis 20% (um die bisherige Diskriminierung zu kompensieren, dürfen es auch mehr sein) der Lehrstellen der städtischen Verwaltung mit nicht eingebürgerten jugendlichen MigrantInnen besetzt werden.

Bern, 13. Januar 2005

Postulat Hasim Sancar (GB), Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden, Karin Gasser, Anne Wegmüller. Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Michael Jordi, Carolina Aragon, Daniele Jenni

Postulat Anne Wegmüller (JA!), Natalie Imboden (GB): Tochtertag 2005 – Berufswahlperspektiven von Mädchen erweitern

In Form eines interfraktionellen Postulats wurde im Juni 2001 die Einführung eines Moditages in der Stadt Bern gefordert. Seit 2002 begleiten jedes Jahr schweizweit Zehntausende von Mädchen ihren Vater oder ihre Mutter einen Tag lang zur Arbeit. Auch in der Stadt Bern wurde der Tochtertag innerhalb und ausserhalb der Verwaltung mit Erfolg durchgeführt.

Der praktische Einblick für Mädchen in die Arbeitswelt und somit die Möglichkeit der Erweiterung von Berufsperspektiven, auch in sogenannten „männertypische“ Berufsfelder, steht dabei im Zentrum. Denn auch heute noch wählen Jungen und Mädchen ihren künftigen Beruf mit unterschiedlichen Vorstellungen.

Die Berufswahl ist für Frauen oft entscheidend für die weitere berufliche Zukunft und auch für Karriereaussichten. Denn heute bleiben fast zwei Drittel aller Frauen auch nach der Geburt ihres ersten Kindes erwerbstätig. Knaben dagegen denken kaum darüber nach, wie sie Erwerbs- und Familienleben später einmal verbinden. Noch immer arbeiten nur wenige Männer Teilzeit und leisten nach wie vor viel weniger Familienarbeit als die Mütter.

Auch bei der Berufswahl sind nach wie vor frappante Unterschiede zwischen jungen Frauen und jungen Männer festzustellen. Knapp drei Fünftel der Frauen wählen einen Beruf im Be-

reich der Körperpflege, der Heilbehandlung, des Verkaufs oder machen eine Kaufmännische Ausbildung. Bei den Männern ist die Berufsvielfalt um einiges grösser. Sie entscheiden sich meist für Berufe der Metall- und Maschinenindustrie, des Holzgewerbes oder für technische Berufe. Die ausgeprägt geschlechtsspezifische Berufswahl hat sich seit 1990 kaum verändert. Weder bei den Frauen noch bei den Männern kam es zu grösseren Verschiebungen¹.

Nach wie vor besteht Handlungsbedarf nach gezielten Mädchenprojekten. In den letzten Jahren nahm die Tendenz zu, reine Frauenprojekte in der Stadt Bern zu streichen (z.B. Frauentaxi, Frauengesundheitszentrum). Auch die Diskussion, den Tochtertag in einen „Schnupper-tag“ für Mädchen und Jungen umzuwandeln, wird vermehrt geführt.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Anliegen zu prüfen:

1. Die Stadt Bern führt weiterhin einen Tochtertag innerhalb der Stadtverwaltung durch und motiviert auch private Betriebe zur Teilnahme am nationalen Tochtertag. Die Berufswahlperspektive von jungen Frauen soll dabei im Zentrum stehen. Der Tochtertag soll nicht nur „Fun-Schnupper-Tag“ sein, sondern Mädchen die Chance ermöglichen, sich praxisnah mit ihrer Berufswahl auseinander zu setzen.
2. Für Jungen können gezielte Alternativprogramme beispielsweise für den Schulunterricht durchgeführt werden, wie dies bereits 2004 im letzten Jahr auf nationaler Ebene gemacht wurde.
3. Der Tochtertag 2005 soll auch ein öffentlichkeitswirksamer Anlass werden und zwar innerhalb der Stadtverwaltung und eventuell in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft.

Bern, 13, Januar 2005

Postulat Anne Wegmüller (JA!), Natalie Imboden (GB), Daniele Jenni, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Hasim Sancar, Catherine Weber, Karin Gasser, Urs Frieden, Caroline Aragon

Interpellation Simon Glauser (SVP): Unsinnige Verkehrsführung Schanzenstrasse-Bogenschützenstrasse

Die „EXIT WEST“ Sanierung und Neugestaltung Schanzenstrasse sind zu einem grossen Teil fertig gestellt. Bereits jetzt ist erkennbar, dass diese Neugestaltung jedoch nicht allen Bedürfnissen gleichermassen gerecht wird. Von den verkehrstechnischen Verbesserungen profitiert einzig und allein der Langsamverkehr, dessen Zugangsmöglichkeiten zu den Bahngleisen erleichtert wurden. Einmal mehr das Nachsehen hat der motorisierte Individualverkehr.

Als unsinnig und unverständlich muss das neue Linksabbiegeverbot von der Schanzenstrasse (Fahrtrichtung Hirschengraben) in die Bogenschützenstrasse bezeichnet werden. Neu ist es sowohl für Autofahrer wie auch für Radfahrer nicht mehr möglich, von der Länggasse her kommend in die Bogenschützenstrasse abzubiegen. Leidtragende der neuen Verkehrsführung sind zahlreiche Kunden der Schanzenpost und der anliegenden Gewerbebetriebe.

Um von der Länggasse zur Schanzenpost zu gelangen, müssen die Postkunden – darunter viele Gewerbetreibende, die täglich ihre Postgeschäfte an der Massenannahme der Schanzenpost zu erledigen haben – nun unsinnige Umwege entweder über den chronisch überlasteten Bahnhofplatz oder die stark befahrene Inselkreuzung in Kauf nehmen (siehe beiliegende Illustration). Dies hat zudem eine vermehrte Verkehrsbelastung für das ganze Länggassquartier zur Folge.

Auch die bisherige Verkehrsführung war höchst unbefriedigend, war es doch für Auto- und Velofahrer aufgrund der grossen Masse von Fussgängern während den Stosszeiten praktisch unmöglich nach links abzubiegen. Dies betrifft übrigens auch mit der neuen Lösung den Ver-

¹ Gleiche Bildung, gleiche Chancen? Bundesamt für Statistik/Eidg. Büro für Gleichstellung, Neuchâtel 2002

kehr aus der Gegenrichtung (Fahrtrichtung Länggasse). Eine zusätzliche Lichtsignalanlage beim Fussgängerübergang Bogenschützenstrasse würde hier jedoch die nötige Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmer erbringen.

In Anbetracht der auch nach abgeschlossener Sanierung und Neugestaltung der Schanzenstrasse unbefriedigenden Lösung stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Welches waren die Überlegungen für die Einführung des voran genannten Linksabbiegeverbotes?
2. Wurden weitere Lösungsvarianten (z.B. eine Lichtsignalanlage für den Fussgängerübergang Bogenschützenstrasse) in Betracht gezogen?
3. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die neue Lösung zu einer erhöhten Verkehrsbelastung im Länggassquartier und auf dem Bahnhofplatz führt?
4. Wurden die betroffenen Dienstleistungsbetriebe (Schanzenpost u.a.) angehört und in die Planung einbezogen?
5. Ist der Gemeinderat bereit, die Verkehrsführung noch einmal zu überdenken und das Linksabbiegeverbot gegebenenfalls wieder aufzuheben?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Besucherfrequenzen der Schanzenpost sind sehr hoch und die Verkehrsführung wurde bereits eingeführt. Eine rasche Korrektur dieser unbefriedigenden Situation ist angezeigt.

Bern, 13. Januar 2005

Interpellation Simon Glauser (JSVP), Thomas Weil, Peter Bernasconi, Peter Bühler, Rudolf Friedli, Erich Ryter, Vinzenz Bartlome, Beat Schori

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Margrith Beyeler, SP): Was sind die finanzpolitischen Konsequenzen für die Stadt Bern, falls die kantonale Steuerinitiative in der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 angenommen wird?

Am Abstimmungswochenende des 27. Februar 2005 stimmt das Volk des Kantons Bern über eine Steuerinitiative der Wirtschaftsverbände ab. Ziel dieser Initiative ist eine Senkung der steuerlichen Belastung für natürliche und juristische Personen in der Höhe von 400 Millionen Franken. Mit dieser Initiative schädigen die InitiantInnen den gesamten Finanzhaushalt unseres Staates. Die Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass der Kanton Bern erneut den Sparhobel im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich sowie beim öffentlichen Verkehr ansetzen müsste.

Systembedingt wären die Gemeinden von einer Annahme dieser Volksinitiative betroffen. In der Abstimmungsbotschaft werden die möglichen Sparsbereiche aufgelistet. Der beabsichtigte Abbau auf das Dienstleistungsangebot und die Finanzen der Stadt Bern hätte massive Auswirkungen.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Umfang würden zusätzliche Kosten für die Stadt Bern anfallen zur Kompensation des kantonalen Abbaus der Dienstleistungen, die der Regierungsrat in den möglichen Sparszenarien genannt hat?
2. Ist die Vermutung richtig, dass die Annahme der Initiative eine Erhöhung des Steuerfusses zur Folge hätte (Kompensation Dienstleistungsabbau)?
3. Wenn nein, wie würde der Gemeinderat die Steuerausfälle kompensieren?

4. Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Initiative auf die Leistungsverträge für die nächste Vertragsperiode? Mit welchen prozentualen Kürzungen der städtischen Leistungen müsste gerechnet werden?
5. Wären davon auch laufende Leistungsverträge betroffen?
6. Ist der Gemeinderat bereit, sich aktiv am Abstimmungskampf gegen diese Initiative zu beteiligen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern haben vor der Kantonalen Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 ein Recht auf Transparenz. Sie müssen wissen, welche Folgen die Annahme der Initiative hätte und in Kenntnis der Sache entscheiden können.

Bern, 13. Januar 2005

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Margrith Beyeler, SP), Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Rudolf Keller, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Maya Widmer, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Margrit Stucki-Mäder

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt. Über die Dringlichkeit befindet der Stadtrat in der Sitzung vom 20. Januar 2005.

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident 2005: *Philippe Müller*

Die Präsidentin 2004: *Margrit Stucki-Mäder*

Die Protokollführerin: *Erica Baumann*